

Sehr geehrte Frau Luttenberger,
auch aus unserer Sicht "Danke" für Ihre nun schon jahrelangen Bemühungen
"rund ums Wohnen".

Als Spitzenkandidat der CSFL beantworte ich nach Abstimmung mit meinen Mitkandidaten
Ihre Fragen wie folgt:

1. Im Grunde sind es die Leitlinien, die Sie selbst vertreten. Es geht um die Eigenständigkeit
der Menschen, die keine Fremdbestimmung in Form von Heimunterbringung möchten.
Ideal ist, wenn Betroffene selbst entscheiden können.

2. Wir sind für ein Modellprojekt und die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom
19.3.2009. Wenn wir in den Stadtrat kommen, werden wir beantragen zu prüfen, wie viele
Wohnungen der GSG an Mieter verkauft werden können. Das haben schon viele
Wohnungsbaugesellschaften getan (z.B. auch in Koblenz).
Das Kapital für den Verkauf könnte Grundlage für ein Modellprojekt sein.
Sicher wird das eine lebhafte Diskussion geben – aber darauf freuen wir uns...

3. Wir teilen Ihre Einschätzung.

4. Grundsätzlich ja, aber ein kleines überschaubares Gremium mit Fachleuten und
Ratsvertretern. Kein neuer "Runder Tisch".

5. Der Bilanzgewinn sollte grundsätzlich den Mietern zukommen! In der Praxis baut
die GSG jedoch auch Kitas, Schulen, Jugendzentrum... Das ist politisch so gewollt,
aber langsam wäre auch Ihr Modellprojekt mal an der Reihe...

6. Neuwied braucht (noch?) keine Zweckentfremdungssatzung. Uns ist keine Immo bekannt,
die solches rechtfertigt. Die Marienhaus GmbH gibt an Privatleute keine solchen Auskünfte.
Allerdings: Ein "Filetstück" ist das Grundstück in Engers hinter der ehemaligen Tankstelle
Dickenschied (jetzt Netto-Markt). Als ich noch Kreisbeigeordneter für Soziales war, gab es
schon Pläne für Wohnbebauung.
Es wäre zu verhandeln... Vielleicht mit einem SR-Mandat... Das ginge dann leichter.

7. Investoren brauchen Sicherheit und Rendite. 30% – Geschosswohnungen sind überaus
wünschenswert für Gehbehinderte und Rollifahrer. Wie bei den Zuschüssen zum
Altbauumbau, wo dann eine gewisse Miethöhe einzuhalten ist, können die 30% nur mit
staatlicher Förderung umgesetzt werden – wäre auch ein Thema für unsere örtlichen
Landtagsabgeordneten. Die sozial genutzte Bodennutzung gehört eigentlich in die
Verfassung, denn "Eigentum verpflichtet".

Mit freundlichem Gruß

Werner Johann Keßler
Christlich Soziale Freie Liste Neuwied e.V. am 28. April 2014